

## **Rede Nadja**

### **bei Kundgebung „Für einen gerechten Frieden“ 11.01.25 in München**

(Entwurf: Version 3)

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir stehen heute hier, um unsere Trauer, Verzweiflung und Wut auf die Straße zu tragen.

Trauer, Verzweiflung und Wut über die Grausamkeiten und Kriegsverbrechen in Gaza, sowie im gesamten Palästina und in Israel, die seit mehr als 15 Monate andauern.

Wir alle kennen die ungeheuerlichen Zahlen:

Etwa 1.200 getötete Menschen am 7. Oktober 2023 in Israel durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen. Sie haben weiterhin etwa 100 Geiseln in ihrer Gewalt.

Seither über 44.000 getötete Menschen in Palästina. Davon mindestens 17.000 Kinder. Weit über 100.000 Verletzte.

Und nicht zu vergessen: Mindestens 3.500 getötete Menschen im Libanon durch die israelischen Streitkräfte.

Das sind die Zahlen. Doch dahinter verbergen sich Schicksale.

Menschen, die aus ihrem Leben gerissen wurden. Die tot sind oder schwer verletzt und traumatisiert. Die verzweifelt versuchen, zu überleben. Tag für Tag. Seit über 15 Monaten.

Wie Mohammed, der 42-jährige Vater von drei Kindern, der folgendes berichtete:

„Hier in Deir al-Balah ist es wie eine Apokalypse. Es gibt keinen Platz, um ein Zelt aufzustellen, außer in Küstennähe.... Es gibt kein

sauberes Wasser, keine Toiletten, und die Bombardierungen hören niemals auf. Man fühlt sich hier entmenschlicht.“

Mohammed und seine Kinder wurden am 6. Mai 2024 von Rafah in das Gouvernement Deir al-Balah vertrieben. Zwei Monate vorher mussten sie bereits aus Gaza Stadt fliehen.

Die Aussage von Mohammed leitet den umfangreichen Bericht ein, den Amnesty International am 5. Dezember veröffentlicht hat. Auf fast 300 Seiten analysieren wir das Vorgehen des israelischen Militärs im Gazastreifen seit dem 7. Oktober 2023.

Unser Fazit: Israelische Streitkräfte und Behörden begehen im Gazastreifen einen Genozid an den Palästinenser\*innen. Dafür liegen ausreichend Beweise vor.

Die israelische Armee hat mit direkten und wahllosen Luftangriffen zehntausende Palästinenser\*innen im Gazastreifen getötet oder schwer verletzt. Sie hat Krankenhäuser, Wasserversorgung und andere kritische Infrastruktur massiv beschädigt oder zerstört. Sie hat die Menschen in Gaza mehrfach unter unmenschlichen Bedingungen zwangsweise vertrieben. Regierung und Armee haben außerdem verhindert, dass lebensrettende Güter und humanitäre Hilfe die Bevölkerung erreichen.

Vor allem aber: Die israelische Regierung ist sich bewusst, dass diese Handlungen dazu führen, die palästinensische Bevölkerung in Gaza zu zerstören. Mehr noch: Sie beabsichtigt, das zu tun.

Ja, Israel bekämpft im Gazastreifen auch die Hamas. Doch was wir untersucht haben, lässt sich durch militärische Argumente nicht erklären. Sondern nur durch die Absicht, die Gruppe der Palästinenser\*innen in Gaza zu zerstören.

Das ist Völkermord!

Alle Staaten sind durch die Genozid-Konvention verpflichtet, einen Völkermord zu verhindern. Auch Deutschland.

Doch was erleben wir?

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung zu Recht die von der Hamas und anderen bewaffneten Gruppen am 7. Oktober verübten Kriegsverbrechen auf das Schärfste verurteilt hat. Doch wir haben auch erlebt, wie dieselbe Regierung zu den von Israel begangenen Kriegsverbrechen schweigt – bis heute.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung sich lange geweigert hat, diplomatisch für einen umfassenden Waffenstillstand zu werben. Und zwar allein mit dem Verweis auf „israelische Interessen“ – zu einem Zeitpunkt, als bereits zehntausende Palästinenser\*innen getötet waren.

Wir haben erlebt, wie Bundeskanzler Scholz behauptete, Israel halte sich vollumfänglich an das Völkerrecht. Und zwar als der Internationale Gerichtshof bereits festgestellt hatte, dass der Vorwurf eines Völkermords zumindest plausibel ist.

Auch haben wir erlebt, wie der Bundeskanzler im Bundestag weitere Waffenlieferungen an Israel angekündigt hat. Just an dem Tag, an dem die israelische Armee zum ersten Mal das Hauptquartier der UN-Blauhelmtruppe im Libanon beschoss.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung mit nicht haltbaren Argumenten beim Internationalen Strafgerichtshof intervenierte, um zu verhindern, dass dieser gegen Premier Netanyahu und Verteidigungsminister Gallant einen Haftbefehl ausstellt. Jetzt, wo es diese Haftbefehle gibt, lässt die Bundesregierung offen, ob sie diese in Deutschland vollstrecken würde.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung bereitwillig und in der Stunde der größten Not, dem UN-Palästinenserhilfswerk UNRWA die Unterstützung gestrichen hat.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung nach dem 7. Oktober die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina aussetzte und die palästinensische Zivilgesellschaft unter Generalverdacht stellte. Sechs palästinensische Menschenrechtsorganisationen im Westjordanland erhalten weiterhin keine Unterstützung von der Bundesregierung, weil Israel sie ohne Beweise als „terroristisch“ eingestuft hat. Erst im Dezember letzten Jahres hat die Bundesregierung die Unterstützung für zwei israelische NGOs gestrichen, die sich für Menschenrechte in Israel einsetzen.

Nicht zuletzt haben wir erlebt, wie politische Entscheidungsträger\*innen durch einseitige Parteinahme mit Israel und die Kriminalisierung von Palästina-solidarischen Stimmen zu einer gesellschaftlichen Spaltung beigetragen haben.

Wir stehen heute also auch hier, um zum Ausdruck zu bringen, wie enttäuscht und wütend wir über die Reaktionen der deutschen Politik nach dem 7. Oktober 2023 sind.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, im Einklang mit den Menschenrechten zu handeln. Das verlangt unser Grundgesetz und das Völkerrecht. Keine Staatsräson steht darüber!

Deshalb fordern wir:

Schluss mit der einseitigen Parteinahme!

Schluss mit Doppelstandards und zweierlei Maß! Hören Sie auf, das internationale Recht zu beschädigen!

Nennen Sie die begangenen Kriegsverbrechen und den Genozid beim Namen!

Stellen Sie sich konsequent auf die Seite der Menschenrechte!  
Und tun Sie alles, um die Gewalt zu stoppen!

Stoppen Sie unverzüglich sämtliche Waffenlieferungen an Israel!

Setzen Sie sich mit allen Mitteln für einen umfassenden  
Waffenstillstand ein!

Jetzt! Denn jede Minute zählt, um Menschenleben zu retten!

Vielen Dank!